

Freie Fahrt für Verlagsfusionitis?

ter Flottengeschäft Firmenkunden bei Seat. Wie Böhme kam er von **Renault Deutschland**. Da dürfte wohl noch manche Veränderung anstehen. Aber es gibt ja auch bei Fiat Deutschland noch mutige Manager, die sich ins Abenteuer Seat stürzen wollen. Sie werden wohl Kontakt zu Manfred Kantner suchen.

Jetzt kommt Goldgräberstimmung auf: Bei der Jahrestagung der **deutschen Zeitungsverleger** haben sich die kleinen und größeren Branchenvertreter offenbar endlich auf eine gemeinsame Linie geeinigt, um zu mehr Fusionen zu kommen. Was schlecht ist für die Mitarbeiter, besonders jene in Vertrieb und Marketing sowie in den diversen Zentralabteilungen der Häuser, das lässt bei den Erbsenzählern der Verlage die Augen glänzen – und bei den Besitzern, meist multimillionenschwere und ziemlich ahnungslose Enkel und Urenkel von Verlegern, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Lizenz zum Gelddrucken erhielten.

Mit dem Geld klappt es allerdings inzwischen nicht mehr so ohne Weiteres – und schon gar nicht mit Traum-Umsatzrenditen im hohen zweistelligen Prozentbereich. Denn die Märkte sind schon lange nicht mehr hermetisch abgeriegelt. Online- und andere elektronische Medien fischen schon lang im Teich der Heimatverleger. BDZV-Präsident **Helmut Heinen** hat deswegen nach erfolglosen Vermittlungsjahren endlich auch die Kleinverleger dazu gebracht, sich mit den Großen wie **Bauer, Springer** oder **WAZ** auf ein Procedere zu einigen, wie die lästige Fusionskontrolle ausgehebelt werden kann – auf dass gekauft werden kann, was gerade noch Geld bringt. Bisher verhindert das für die Verlage die gültige Umsatzschwelle von 25 Millionen Euro – nur ein Zwanzigstel dessen, was in allen anderen Branchen gültig ist. Dort müssen Firmen erst ab einem gemeinsamen Umsatz von einer halben Milliarde Umsatz beim Kartellamt um Erlaubnis fragen, bevor es ans Zusammenwerfen der Assets geht. Darum dürfen viele Verlage die schlingernden Nachbarn nicht schlucken. In den kommenden Wochen werden die Verleger nun einen gemeinsamen Vorschlag unterbreiten, bei dem auch der relevante Markt neu beschrieben werden soll. So werden auch Wettbewerber wie **Google, Web.de** oder **Vodafone** mit in die Kartellbetrachtungen gezogen. Kanzlerin **Angela Merkel** hat in Hintergrund-Gesprächen den Verlegern bereits versichert, daraus ein Gesetz zu schneiden, das den Besitzern der alteingesessenen Verlage Millionen bescheren dürfte – mit der neuen Tochter oder im Ruhestand nach dem Verkauf.

Unternehmen

Letztes Gefecht gegen Genossen

Die **Schutzvereinigung für Anleger** (SfA) lässt im Kampf gegen den **DG-Fonds** und seinen Werbeträger **Ulrich Wickert** nicht locker. Nachdem der Aufruf, Wickert solle seinen lukrativen Nebenjob demonstrativ aufgeben, verständlicherweise nicht gefruchtet hat, sollen nun Wahlprüfsteine an die im Bundestag vertretenen Parteien für saubere Leinwand sorgen: „Mit dieser Aktion wollen wir endlich damit aufräumen, dass Banken die Gewinne einstreichen und Kapitalanleger leer ausgehen“, begründet **Angelika Jackwerth**, SfA-Geschäftsführerin, diese Aktion.

Hintergrund: Rund 15 000 Anleger hatten sich in den 90er Jahren an den sogenannten DG-Fonds beteiligt, geschlossenen Immobilienfonds des **genossenschaftlichen Finanzverbundes** unter Führung der **DG Bank** (heute **DZ Bank AG**) sowie den **Volks- und Raiffeisenbanken**. Eingesammelt wurden auf diese Weise rund 1,13 Milliarden Mark, etwa 578 Millionen Euro. Der Finanzverbund hat davon 133 Millionen Euro – also fast ein Viertel – für Gebühren, Provisionen und Entwicklungskosten kassiert. „Den Anlegern dagegen droht der Totalverlust“, empört sich

Jackwerth. Wie Gutachter festgestellt hätten, konnten nach ihrer Meinung die überbeurteilten und mit extrem hohen Kosten belasteten Kapitalanlagen gar keinen Gewinn abwerfen, sondern seien von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. „Dennoch spielen die genossenschaftlichen Banken, allen voran die DZ Bank AG, weiter auf Zeit und warten ab, bis sämtliche Ansprüche Anfang 2012 verjährt sind“, entrüstet sich Jackwerth und kündigt kampflustig an: „Solche Raubritterspiele auf Kosten der Privatanleger wollen wir künftig verhindern.“ In der SfA bündeln mehr als 800 geschädigte DG-Fonds-Anleger ihre Interessen.

Nun hat die SfA „fünf Wahlprüfsteine“ formuliert und die Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer von **CDU, CSU, FDP, SPD, Bündnis90/Die Grünen** und **Die Linke** gebeten, Antworten auf die folgenden Fragen zu geben. Wir zitieren:

1. Der genossenschaftliche Finanzverbund, zu dem die DZ Bank AG und die Volks- und Raiffeisenbanken gehören, hat nachweislich tausende von Anlegern, die in DG-Fonds investiert haben, geschädigt. Das haben Gerichte in zahlreichen Urteilen bestätigt. Falschberatung und fehlerhafte Prospektangaben waren die Gründe. Müssen die DZ Bank AG sowie die Volks- und Raiffeisenbanken allen geschädigten Anlegern mit fairen Angeboten entgegenkommen oder muss aus Ihrer Sicht jeder einzelne Anleger klagen?

2. Die DZ Bank AG sowie die Volks- und Raiffeisenbanken sitzen das Problem mit den geschädigten Anlegern aus, weil Ende 2011 die Schadensersatzansprüche der Anleger verjähren. Wie ist dieses Verhalten aus der Sicht einer im Bundestag vertretenen Partei zu bewerten?

3. Derzeit müssen Anleger nachweisen, dass sie von Bankberatern oder freien Anlageberatern geschädigt wurden. Wir fordern die Umkehr der Beweislast, weil dadurch die Chancen des Anlegers auf eine rasche und kostengünstige außergerichtliche Einigung enorm gesteigert würden. Banken und Anlagevermittler sind dann gezwungen, ihre Anlageberatung sehr viel transparenter zu gestalten. Wie steht Ihre Partei dazu?

4. Das Thema Verjährungsfristen ist für Nicht-Juristen kaum nachvollziehbar. Wir fordern einfache und ausreichend lange Verjährungsfristen, weil geschädigte Anleger in der Regel erst nach einigen Jahren feststellen, dass sie in zweifelhafte Produkte investiert haben. Außerdem müssen sie wissen, wann und wie lange sie Ansprüche geltend machen können. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei in Sachen Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche?

5. Ist Ihre Partei mit den bisherigen Maßnahmen zum Anlegerschutz zufrieden oder fordern Sie weitergehende Maßnahmen? Wenn ja, welche?

Welche Partei sich da wohl aus dem Fenster lehnen will? Siehe Verjährungsfrist...

Schutzwälle gegen Internet-Kriminelle

Wirtschaftskriminelle verlegen Straftaten zunehmend ins **Internet**. Die Zahl der Fälle, in denen Täter online vorgingen, stieg im vergangenen Jahr sprunghaft um **190 Prozent**, wie das **Bundeskriminalamt** (BKA) ermittelt hat. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die zunehmende **Vernetzung von Kundenzugängen mit Unternehmensanwendungen**. Die mit Internetschnittstellen und mobilen Apps verbundenen Risiken werden von der Unternehmensführung häufig unterschätzt. So verfügen beispielsweise bisher nur knapp 60 Prozent der Unternehmen über **verbindliche Corporate Governance Regeln** zur Einhaltung von Gesetzen. Das hat der **Managementkompass Compliance** von **Steria Mummert Consulting** ergeben. Die jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamts zur Wirtschaftskriminalität unterstreichen den Handlungsbedarf für die Bekämpfung von Betrug und sonstigen strafbaren Handlungen in den Unternehmen. Das gilt für die **Kontrolle interner Prozesse** und die **Einhaltung staatlicher Gesetze** gleichermaßen. Derzeit verfügen jedoch nur 58 Prozent der Firmen über Leitlinien, die eine Berücksichtigung staatli-

dossier **B** BUSINESS

INFORMATION | INSPIRATION | SPEKULATION

Tel: 089 28659305
 www.dossierb.de
 twitter.com/dossierB
 dossier-b.blogspot.com

**News &
 Storys
 über...**

Seat Deutschland * Holger Böhme * Manfred Kantner * Fiat Deutschland * Philipp Waldmann *
 Karl-Heinz Wrede * Marcus Hoffmann * Renault Deutschland * Deutsche Zeitungsverleger *
 Helmut Heinen * Fusionskontrolle * DG-Fonds * Schutzvereinigung für Anleger * Angelika Jack-
 werth * Wahlprüfsteine * Wirtschaftskriminalität * Bundeskriminalamt * Corporate Governance *
 Steria Mummert Consulting * Werkzeugmaschinenindustrie * VDW * PricewaterhouseCoopers *
 Online-Werbung * Mobile Endgeräte * Werner Ballhaus * Fossile Brennstoffe * Erdölindustrie *
 Wertschöpfungskette * Arthur D. Little * Gesundheitswesen * Bain & Company * Arbeitsrecht *

Personen

Eine Art Himmelfahrts- kommando

Die kuscheligen Zeiten sind bei **Seat Deutschland** schon lange vorbei – und auch die geduldigsten Konzernherren bei **VW** bekommen angesichts dieses Problembären einen dicken Hals. Und dann auch noch die nicht immer glückliche Hand bei der Auswahl des Spitzenpersonals in Deutschland. Wie **dossierB** bereits vor Wochen angekündigt hat, hat sich Seat Deutschland nun auch offiziell vom Geschäftsführer **Holger Böhme** „im gegenseitigen Einvernehmen“ getrennt. Ihn beerbt **Manfred Kantner**, der bisher leidlich glücklich **Fiat Deutschland** lenkte.

Da dürfte Kantner ja Kummer gewöhnt sein. Er übernimmt allerdings auch noch ein ziemlich zusammengewürfeltes Führungsteam, das verschiedene Management-Geschmäcker repräsentiert: **Philipp Waldmann** etwa wurde im Mai von Böhme als Vertriebschef installiert – fast zeitgleich mit **Karl-Heinz Wrede**, der ein paar Tage früher sein Amt als Marketingchef erbte. Vorher arbeitete Wrede bei **Chevrolet Deutschland** und **Opel** – auch nicht gerade Erfolgsmarken. Und einen Monat vorher rutschte **Marcus Hoffmann** in sein Amt als Lei-

PESSIMISTEN AUF DEM VORMARSCH

Jetzt spielt auch noch der Goldpreis verrückt – allerdings nicht durch erneute Sprünge nach oben, sondern durch einen Fall um zwischenzeitlich 67,70 Dollar. Da gleichzeitig an den Aktienbörsen kein Geld zu verdienen ist und eine Flucht in – die letzten? – halbwegs krisenfesten, aber kaum rentierlichen Staatsanleihen anhält, muss es um die Konjunkturaussichten zurzeit besonders schlecht bestellt sein. Die Märkte haben offensichtlich den letzten Funken Vertrauen verloren, obwohl die wissenschaftlichen und politischen Prognosen für das kommende Jahr – wenngleich nicht rosig – aber so katastrophal nun auch wieder nicht sind. Immerhin soll die Wirtschaft in Deutschland auch im kommenden Jahr noch leicht wachsen – und das von einem hohen Sockel aus. Liegen die professionellen Hellseher also wieder einem völlig daneben und werden von der Schwarmintelligenz der Spekulanten einmal mehr Lügen gestraft? Oder unken sich die Pessimisten mit ihrer self-fulfilling prophecy selbst in den Abgrund? Wenn die wirtschaftliche Entwicklung zu 50 Prozent auf Psychologie beruht, dann sollten sich unsere derzeit kopflosen Politiker, Zentralbanker und Euro-Strategen ganz schnell auf überzeugende Maßnahmen einigen, die den Optimisten Auftrieb geben.